

Gemeinsame Öffnung auf Afrika?

Deutsche und französische Afrikapolitik

INGO KOLBOOM*

1. Vorüberlegungen

„Die deutsch-französischen Beziehungen werden, indem sie sich so der Welt öffnen, ein weiteres Mal den Beweis ihrer Beispielhaftigkeit erbringen“, verkündeten Paris und Berlin in ihrer Gipfel-Erklärung vom September 1997.¹ Gilt diese Öffnung auch gegenüber Afrika? Diese Frage zu stellen, ist so abwegig nicht, wenn Bundeskanzler Schröder seine erste große Afrikareise unternimmt, dabei Ambitionen einer neuen deutschen Afrikapolitik aufscheinen lässt², und zeitgleich die Öffentlichkeit einen deutsch-französischen Schulterchluss in Sachen Weltpolitik erlebt, wie seit langem nicht mehr.

Die Frage ist um so weniger abwegig, als Zusammenarbeit in und gegenüber Afrika schon seit Jahrzehnten auf der offiziellen und inoffiziellen Agenda der deutsch-französischen Partnerschaft figuriert.³ Erstens gibt es bilaterale Kooperationsvereinbarungen, die sich explizit auf die Nord-Süd- beziehungsweise Entwicklungspolitik und auf Afrika beziehen und die es, wie andere Beschlüsse auch, immer wieder in Erinnerung zu rufen gilt.⁴ Zweitens ist Brüsseler Nord-

Süd-Politik ein nicht wegzudenkender multilateraler Rahmen deutsch-französischer Abstimmungen, und drittens wird die Notwendigkeit, über dieses Thema nachzudenken, vom Partner Frankreich und von den afrikanischen Herausforderungen selbst vorgegeben. Wer mit Frankreich zu tun hat, hat es auch mit Afrika zu tun. Die enge und überaus komplexe Verbundenheit Frankreichs mit dem „Schwarzen Kontinent“ und dessen besondere Stellung in der französischen Außenpolitik (und sogar Innenpolitik) gebieten es, dass deutsche Frankreichpolitik die afrikanische Dimension Frankreichs wahrnimmt: Afrika als französische Ambition, als ein Vehikel französischer Weltpolitik. Darüber hinaus blieb es auch der deutschen Entwicklungspolitik im frankophonen Afrika nie erspart, sich mit französischer Omnipräsenz vor Ort vertraut zu machen.

Auch das im Juli 2001 von der Organisation für afrikanische Einheit (OAU), heute Afrikanische Union (UA), verabschiedete Selbsthilfeprogramm „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (NEPAD)⁵ berührt Deutschland und Frankreich insofern, als die

* Prof. Dr. Ingo Kolboom, Mitglied des Deutsch-Französischen Kulturrates, lehrt Frankreich-Studien und Frankophonie an der TU Dresden sowie Vergleichende Geschichte an der Université de Montréal. Der nachfolgende, für DOKUMENTE überarbeitete und aktualisierte Artikel erschien in gekürzter Originalfassung in den „Politischen Studien“, Nr. 392, Nov./Dez. 2003, S. 50–63 (Schwerpunktthema: Vierzig Jahre Elysée-Vertrag: Die Zukunft der deutsch-französischen Partnerschaft); die ungekürzte Online-Fassung des Beitrags ist abrufbar unter: <http://www.tu-dresden.de/sulcifra/francophonie.html>.

Gruppe der sieben wichtigsten Industriestaaten und Russland (G-8) auf ihrem Gipfel 2002 in Kanada einen Aktionsplan zur Unterstützung der NEPAD-Initiative verabschiedet hat und die Präsidenten der fünf Länder, die das NEPAD-Steuerungskomitee stellen, auf Initiative des Gastgebers und französischen Staatspräsidenten *Jacques Chirac* auf dem Gipfel 2003 in Evian mit den G-8-Regierungs- und Staatsschefs in besonderer Weise der Illustration des neuen Pariser Ansatzes einer „multilateralen Politik in einer multipolaren Welt“ dienen.⁶

Ein letzter Grund liegt im Schwarzen Kontinent selbst. Die dortigen Herausforderungen und Probleme sind derart groß, dass deutsche Außen- und Entwicklungspolitik selbst ohne eigene explizite Afrikapolitik davor kaum die Augen verschließen kann, zumal die aktuellen politischen Kräfte in der Regierungsverantwortung mit einem besonderen Anspruch auf eine „bessere Weltordnung“ angetreten waren. Sich dieser Verantwortung stellen, heißt aber, wie jedes andere europäische Land auf Kooperation angewiesen zu sein. Hier schließt sich der Kreis, weil der einzig mögliche engere Kooperationspartner auf diesem Feld eben Frankreich ist und bleibt. Aktualität, Problematik und Sprengstoff dieses Themas zeigten sich 2003 im Spiegel der Debatten über den (UN-mandatierten) militärischen EU-Einsatz im Kongo zwecks Eindämmung des seit Jahren tobenden Bürgerkrieges und Genozids in der nordöstlichen Provinz Ituri.⁷

2. Deutsche und französische Afrikapolitik

Deutschland und Frankreich sind aus historischen Gründen sehr unterschiedlich in Schwarzafrika engagiert. Frankreich hat in seinen ehemaligen Kolonien durch militärisches Engagement, Institutionen und Entwicklungshilfe, durch die Bedeutung im Außenhandel mit afrikanischen Staaten, durch

Währungskooperation und kulturelles Engagement sowie über seine Frankophonie-Politik prägenden Einfluss genommen. Demgegenüber steht kein vergleichbares deutsches Pendant und damit Interesse.⁸ Daher lässt sich weder für die Vergangenheit noch für die Gegenwart von einer Afrikapolitik als systematischem Teil Bonner oder Berliner Außenpolitik sprechen.

Grundsätzlich lässt sich deutsche Politik gegenüber Afrika auf recht marginale Wirtschaftsbeziehungen – meist im Kontext von Entwicklungskooperation – reduzieren; wobei Westafrika aus Sicht der Bundesrepublik immer noch „eher im Windschatten des (entwicklungs)politischen Interesses“⁹ liegt. Die in Schwarzafrika tätige Auswärtige Kulturpolitik in Gestalt von finanzschwachen Goethe-Instituten dürfte kaum als Teil eines deutschen Afrikakonzepts zu identifizieren sein, gerade wenn man sie mit der sehr engagierten französischen Kulturpolitik – auf bilateraler und multilateraler Ebene – in Afrika vergleicht.¹⁰ In Deutschland ist Afrikapolitik immer noch vor allem Entwicklungspolitik, die dezentral über verschiedene Ministerien und eine Vielzahl parteipolitischer oder überparteilicher Stiftungen funktioniert. Darüber hinaus gibt es einen hilflosen, aber hochmoralischen Dritte-Welt-Diskurs, der keine realpolitische Entsprechung findet. Auf die Frage *Arnulf Barings* aus dem Jahre 1996 „Was haben wir in Afrika verloren?“ weiß die deutsche Politik und Öffentlichkeit auch heute keine klare Antwort, obwohl sie sporadisch eine Verantwortung öffentlich artikuliert.¹¹ Außerhalb karitativer Spenderaufrufe heißt es eher warnend mit *Hans-Peter Schwarz*: „Finger weg von Afrika!“¹²

Frankreich hingegen kann ohne Afrika nicht gedacht werden. Analog zur mediterranen Welt besteht eine komplexe Verbindung zwischen Frankreich und dem subsaharischen Afrika: „Ohne Afrika wird es keine Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert geben.“¹³ Diese Verbindungslinie beruht auf

einer langen Kolonialgeschichte und ist politischer, strategischer und wirtschaftlicher, aber auch interkultureller und sprachlicher sowie mental-emotionaler Art. Frankreichs „afrikanische Dimension“ wird untermauert durch frankophone schwarzafrikanische Immigranten und eine weitaus höhere Zahl „naturalisierter“ Afrikaner sowie durch die Popularität afrikanischer Kultur in der französischen Gesellschaft. All dies prägt den imaginären Fusionskontinent „Françafrique“, der weit in die Tiefenschichten von Gesellschaft und Kultur reicht. Frankreich ist weiterhin der wichtigste Handelspartner Afrikas und einer der größten Geldgeber, damit auch einer der großen Profiteure des schwarzen Kontinents.

Auch in der in Paris beliebten Debatte über den „Rang Frankreichs in der Welt“ spielt das frankophone Afrika eine wichtige Rolle. Es ist Frankreichs größte zusammenhängende Einflusszone wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art. Es ist das demographische Kernland der internationalen Frankophonie, als deren natürliches Machtzentrum sich Frankreich immer noch begreift.¹⁴ Zu den alten aus der Kolonialzeit und Dekolonisierung übernommenen bilateralen Instrumenten französischer Afrikapolitik – dazu zählen auch die zahlreichen noch unter *de Gaulle* geschlossenen Verteidigungsabkommen mit Geheimklauseln sowie die seit 1954 bestehende Währungs Kooperation in der CFA-Zone – sind neue Instrumente multilateraler Kooperation aufgebaut worden: die franko-afrikanischen Gipfeltreffen (seit 1976) und die Frankophonie-Gipfel (seit 1986, seit 1996 ausgebaut zur Organisation Internationale de la Francophonie)¹⁵ sowie andere internationale frankophone Steuerungsinstrumente wie der Haut Conseil de la Francophonie (seit 1985).¹⁶

Daher gehört Afrika zur „domaine réservé“ des Staatspräsidenten und ist zugleich Teil eines unübersehbaren offiziellen und informellen Netzwerkes. Dazu gehören das

Außenministerium, Verteidigungsministerium, der Premierminister, das Wirtschaftsministerium, das Staatssekretariat für Zusammenarbeit (Entwicklungshilfe), das Kulturministerium, die mit Frankophonie befassten Institutionen und insbesondere die Geheimdienste. Eine jede dieser Afrikazellen hat eigene Traditionen und Seilschaften, ihre eigenen Verbindungen zu afrikanischen Potentaten und Führungsschichten, die ihrerseits auf französischen Elite- und Militärschulen sozialisiert sind und auch auf die französische Innenpolitik Einfluss nehmen. Es gibt also eine gewachsene Außen- und Binnendimension der französischen Afrika-Connexion, die rein politikwissenschaftlich nicht hinreichend erfasst werden kann. Diese Seilschaften reichen unmittelbar in die mit Afrika verbundenen Staatsbetriebe oder ehemaligen Staatsbetriebe hinein, als deren wichtigster immer noch der skandalumwitterte Erdölkonzern Elf-Aquitaine (heute Total) gilt. „Dank Elf hält Frankreich seine Präsenz im frankophonen Afrika aufrecht und erweitert sie auf andere Länder“, so der frühere, inzwischen rechtskräftig verurteilte Chef von Elf Aquitaine, *Le Floch-Prigeant*.¹⁷

Somit spielt auch das französische Militär eine sehr große Rolle in Afrika. Es betrachtet die Stabilität als Priorität und sich selbst als Garanten des staatlich-territorialen Status quo auf afrikanischem Boden. Jährlich werden mehr als 1 200 Militärs aus Afrika an französischen militärischen Führungsakademien ausgebildet. Sieben Militärschulen im subsaharischen Afrika erhalten personelle und finanzielle Hilfe aus Paris.¹⁸ Auch in Kamerun, Gabun, Burkina Faso und Benin ist Paris am Aufbau von Militärademien beteiligt. Frankreich unterhält fünf militärische Stützpunkte, jeweils einen in Djibouti, im Tschad, in Senegal, in Gabun und in der Elfenbeinküste, wo heute insgesamt 6 000 Soldaten ständig stationiert sind. Mit sieben Staaten bestehen bilaterale Verteidigungsabkommen, das sind Kamerun, die zentralafri-

kanische Republik, die Komoren, die Elfenbeinküste, Djibouti, Gabun und Senegal.¹⁹

Zentrum des weitverzweigten afrikanischen Netzwerkes in Frankreich war und ist die jeweils unter unterschiedlichen Namen figurierende „Afrika-Zelle“ beim Staatspräsidenten, die seit General *de Gaulle* alle ihre manchmal skandalträchtigen Afrikaberater beziehungsweise afrikanischen Affären hatten. Dies gilt auch für *Jacques Chirac*, dem wohl „afrikanischsten“ aller französischen Staatschefs, für den „Frankreich ohne Afrika zu einer drittrangigen Macht“ herabsinken würde.²⁰ Frankreich hat Afrika jahrzehntelang unverhohlen als seine ‚chasse gardée‘ betrachtet; es war sein postkoloniales „Jagdrevier“ und dies in tätiger Komplizenschaft mit Potentaten, die jahrzehntelang an der Spitze ihrer Staaten standen. Diese Ungebrochenheit besteht nicht mehr überall seit dem evidenten Scheitern einiger dieser Regime, symbolisiert durch den Tod ihrer Langzeitpotentaten („Kaiser“ *Jean-Bedel Bokassa*, *Félix Houphouët-Boigny* und *Mobutu Sese Seko*), vor allem aber seit der Tragödie in Ruanda 1994, in der sich Frankreichs Strategie der Unterstützung des rassistischen Hutu-Regimes um jeden Preis als verheerender Fehlschlag erwies. Der teilweise Misserfolg der eigenen Afrikapolitik, verbunden mit Veränderungen in Afrika selbst, nicht zuletzt auch US-amerikanische Konkurrenz und Einflussnahme²¹ läuteten zwar das Ende einer bestimmten französischen Afrikapolitik ein, die des postkolonialen Paternalismus und offenen Klientelismus, doch keineswegs das Ende einer Ambition.

Im Lichte der Ereignisse in Schwarzafrika, erst in Ruanda, dann in Zaire, jüngst in der Elfenbeinküste und schließlich wieder in Kongo, zeichnete sich aber eine Erosion des französischen Einflusses ab, „die Entzauberung des französischen Großmachttraums“²², und in der innerfranzösischen Debatte geriet Frankreichs Afrikapolitik einmal mehr in die Kritik.²³ Auch weil Paris immer weniger in

der Lage ist, bei größeren Krisen allein zu intervenieren, setzt der neue Kurs einer „pragmatischen Präsenz“²⁴ verstärkt auf multilaterale Aktionen, innerhalb derer aber Frankreich einen führenden Platz einzunehmen sucht. Dabei setzt Paris heute entweder auf regionale Allianzen vor Ort (zum Beispiel Ruanda: französische Truppen, flankiert von afrikanischen Truppen aus Senegal, Elfenbeinküste und Nigeria), oder es stellt den „harten Kern“ einer internationalen Intervention, wie zuletzt im Nordosten des Kongo. Vor allem aber wird Frankreich versuchen, mit seinen europäischen Partnern eine gemeinsame multilaterale Afrikapolitik aufzubauen, innerhalb derer es eine Führungsrolle einzunehmen beabsichtigt. Die Rolle Frankreichs im ersten militärischen EU-Einsatz im Kongo, mandatiert von den UN, war ein erstes Lehrstück, auch für die deutsche Politik.

In der Absicht, Frankreich als handelnden Akteur – auch im Namen Europas – in den internationalen Beziehungen herauszustreichen, und dies, ohne die Internationalisierung auch afrikanischer Verhältnisse zu ignorieren, will *Chirac* Frankreich als „guten Makler“ zwischen „Nord und Süd“, zwischen den afrikanischen Ländern und den internationalen Finanzorganisationen empfehlen.²⁵ Die Frankophonie meint er dabei um so besser als multilaterales Instrument nutzen zu können, als er mit dem ehemaligen Präsidenten Senegals, *Abdou Diouf*, als seit 2002 neuem Generalsekretär der Organisation Internationale de la Francophonie einen Mann seines Vertrauens an die Spitze dieses Global player gebracht hat.²⁶ *Chiracs* Afrikapolitik, die sein früherer Kooperationsminister *Godfrain* mit einem *de Gaulle*-Zitat über Frankreich als „Großmacht“ vorstellte²⁷, präsentiert sich somit heute mehr denn je als multilateral, lässt aber keine Zweifel daran, wer die Deutungs-, Kompetenz- und Handlungshoheit beansprucht.

Grundsätzlich demonstriert Frankreich in Afrika immer noch seine Präferenz für den

Status quo.²⁸ Dabei wird auch die „Stabilität“ eines mit Paris eng verbundenen Potentatenregimes wie das des General-„Fossils“ Eyadéma in Togo von Chirac immer höher veranschlagt als die Sorge um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.²⁹ Probleme damit hat nicht nur der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christian Ruck, der sich im Februar 2003 am sorglosen Umgang Chiracs mit dem Diktator von Simbabwe störte: „Mit besonderer Aufmerksamkeit blicken wir nach Frankreich. Für mich ist es ein trauriger Rückschlag, dass Präsident Chirac weiter auf der Einladung für Mugabe zum Frankreich-Afrika-Gipfel beharrt, bei dem es zynischerweise um Menschenrechte und Good Governance geht. Das ist ein Signal in die falsche Richtung und kein gutes Zeichen für die jüngst wieder beschworene deutsch-französische Zusammenarbeit in der Außenpolitik.“³⁰

3. Deutsch-französische Zusammenarbeit in Schwarzafrika

Ziele, Inhalte und Instrumente französischer und deutscher Afrikapolitik sind somit grundverschieden, so dass eine systematische Kooperation auf diesem Feld auf ungeahnte Schwierigkeiten stoßen würde. Daher ist es nicht verwunderlich, dass es allen offiziellen Texten zum Trotz auf dem Feld der Entwicklungshilfe beziehungsweise Entwicklungszusammenarbeit (EZ) seit 1963 de facto wenig deutsch-französische Gemeinsamkeiten, wenig Vorzeigbares und noch weniger Vorbildliches gibt. Wer nicht in deutsch-französischen Zusammenhängen arbeitet, stößt kaum auf diese Thematik, selbst Entwicklungsexperten nicht.

Eine erste gemeinsame Reise von einem deutschen und französischen Entwicklungsminister fand Ende 1991 anlässlich eines Besuches von Staatspräsident Mitterrand in dem damals neuen „Hoffungsland“ Benin statt,

dessen Bevölkerung sich gerade von einer pseudo-marxistischen Diktatur befreit hatte. Es war deutscherseits CSU-Minister Spranger, der das oben genannte Konzept hatte erarbeiten lassen und als erster deutscher Entwicklungsminister in Afrika – auch dank der Wiedervereinigung – eine Politik durchhielt, „die nicht ständig durch erpresserische Drohungen gestört und entwertet wurde.“³¹ Dass diese gemeinsame Reise ohne Resultate blieb, ist jedoch nicht nur der Verschiedenheit deutscher und französischer Entwicklungspolitik geschuldet, sondern auch den erfolgreichen Versuchen seitens Benins, Deutsche und Franzosen gegeneinander auszuspielen – diese ließen es auch zu.

Zitiert wurde in der Vergangenheit häufig das Europäische Freiwilligenprogramm: So wurden in der Gemeinsamen Erklärung von 1988 die damals insgesamt 60 Freiwilligen in Benin, Burkina Faso, Guinea, Niger, Senegal, Togo und in der Zentralafrikanischen Republik explizit als „wirksame(r) Beitrag zur Entwicklung des Gastlandes“³² aufgeführt. Insider führten dies aber mehr auf den Idealismus junger Freiwilliger zurück als auf den Willen beider Regierungen. Die mit der Gemeinsamen Erklärung von 1998 vereinbarten engeren Kontakte und Konsultationen auf der Ebene der (Unter)Abteilungsleiter beider Entwicklungsministerien haben wie viele Arbeitstreffen dieser Art mehr rituellen Charakter. Dass sieben Jahre nach einer ersten gemeinsamen (und erfolglosen) Reise zweier Entwicklungshilfeminister als bilaterale Neuerung gemeinsame Dienstreisen auf Ministerebene in Entwicklungsländer vereinbart werden, unterstreicht einmal mehr den Stellenwert und die Halbwertszeit solcher Erklärungen. Auch im Kontext der jüngsten Afrikareise des deutschen Kanzlers erinnerte niemand an die vielen deutsch-französischen Beschlüsse, die sich auch auf Afrika beziehen – trotz des politischen Schulterschlusses zwischen Berlin und Paris. Es geht nur um „deutsche Afrikapolitik“.

Daher gilt immer noch das Fazit des entwicklungspolitischen Insiders Collofong: „In Benin wie anderswo in Afrika arbeiten demgemäß Franzosen und Deutsche weiterhin mehr neben- als miteinander.“³³ Praktiker vor Ort versicherten dem Verfasser wiederholt und vertraulich, dass dieses Nebeneinander nicht selten ein Gegeneinander ist. Dies gilt auch für den Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik, also der Kultur- und Spracharbeit, obwohl eine Kooperation hier ganz im Sinne der einst beschlossenen Zusammenarbeit und des amtlicherseits geforderten „deutsch-französischen Reflexes“ in der Auswärtigen Kulturpolitik wäre.

In der Sicherheits- und Militärpolitik war, bezogen auf Afrika, nie von Gemeinsamkeiten die Rede gewesen. Punktuell aber gibt es Berührungspunkte. Die Bundeswehr unterhielt und unterhält in Schwarzafrika militärische Berater, meines Wissens ausschließlich in frankophonen Staaten stationiert. Diese Kooperation wird unterschiedlich bewertet. Teilweise wird von guter Zusammenarbeit mit den dort hegemonial präsenten französischen Militärs gesprochen, teilweise wird dies dahingehend relativiert, dass die Deutschen „nur“ technische Arbeiten verrichten und von den Franzosen nicht als „Konkurrenz“ angesehen werden.

Der Afrikakenner Stefan Brüne erinnert daran, dass bis zum Ende des Kalten Krieges auf deutscher Seite grundsätzlich vermieden wurde, öffentlich über afrikapolitische Differenzen mit Frankreich in politischen, militärischen und wirtschaftlichen Fragen zu reden.³⁴ Mit entsprechend höflichem Schweigen habe Bonn dann auch die französischen Allianzen mit Paris hörigen Diktatoren vor Ort kommentiert. Brüne resümiert die damalige Bonner Haltung mit der pragmatischen Formel „Jeder muss das machen, was er am besten kann.“ Auch die „demokratische Wende“ der französischen Afrikapolitik auf dem 16. franko-afrikanischen Gipfel in La Baule 1990, auf dem Frankreich nach langem

Druck die weitere Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten von „demokratischen“ Konzessionen abhängig machte, war Brüne zufolge niemals Gegenstand deutsch-französischer Konsultationen. Wie wenig auch der neue „Kurs“ durchgehalten wurde, mussten Anfang der 1990er Jahre Bonn und Brüssel erfahren, als Frankreich sich gegen europäische Entwicklungshilfe-Sanktionen gegen das von Paris gestützte Putsch-Regime in Togo wandte und diese lange hinauszögerte.³⁵

Auch das wiedervereinigte Deutschland behielt die selbstaufgelegte Zurückhaltung in der Afrikapolitik gegenüber Frankreich bei und zog es weiterhin vor, engere Kontakte zu nichtfrankophonen Staaten zu knüpfen – mit Ausnahme seiner heute sehr eigenständigen Präsenz in Benin und Mali, wo die politischen Verhältnisse inzwischen deutschen Vorstellungen entsprechen.³⁶ Diese Zurückhaltung zeigte sich selbst dann, wenn deutsches Engagement an der Seite Frankreichs tatsächlich erfolgte, wie zuletzt in Kongo. Nach langem Zögern, das Ende Mai 2003 öffentlich Zweifel darüber aufkommen ließ, ob es überhaupt eine deutsche Afrikapolitik gebe, gab Berlin am 10. Juni nach einem gemeinsamen Treffen zwischen dem französischen Staatspräsidenten und Bundeskanzler Schröder bekannt, dass Deutschland sich an dem militärischen Einsatz in Kongo mit der Bereitstellung von Transportflugzeugen sowie der Entsendung einiger Stabsoffiziere in die Einsatzleitung beteiligen wolle. Diese multilaterale UN-EU-Mission, an der Franzosen, Briten, Kanadier und Belgier beteiligt waren und deren Eingreiftruppe unter französischem Befehl stand (auch die Einsatzleitung war in Paris), wurde von Chirac als „allererste europäische Operation außerhalb Europas“ vorgestellt; dabei dankte er Berlin für den „bescheidenen“ Kongo-Beitrag, während der deutsche Bundeskanzler sich beeilte klarzustellen, dass Paris nicht die geringste Forderung gestellt habe und es „selten so freundschaftliche auf gegenseitigem Ver-

trauen gegründete Beziehungen“ zwischen Berlin und Paris gegeben habe.³⁷ Dazu der Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen“: „Unübersehbar ist die Absicht Frankreichs, an der NATO vorbei – sprich: ohne Amerika –, unabhängig auch von den jeweiligen Interessen seiner europäischen Partner, in Afrika zu zeigen, wie im Zusammenspiel mit den Vereinten Nationen ein europäischer Interventionismus aussehen könnte.“³⁸ Der öffentlichkeitswirksame Satz des deutschen Verteidigungsministers in den 1990er Jahren, Volker Rühle, das Eurokorps solle kein Afrikakorps werden, hat schon damals die militärische Dimension einer nie geführten deutsch-französischen Afrikadebatte deutlich gemacht und nicht an Aktualität verloren.

Angesichts der evidenten Unterschiede deutscher und französischer Afrikapolitik stellt sich die Grundsatzfrage, ob es Zusammenarbeit und Gemeinsamkeiten auf diesem Feld überhaupt geben kann oder soll.³⁹

4. Für oder gegen eine Zusammenarbeit?

Es gibt gute Gründe, die von vornherein die deutsche Zurückhaltung gegenüber Afrika und Paris rechtfertigen. Dazu einige Argumente, die für die derzeitige öffentliche und offiziöse Meinung repräsentativ sein dürfen:

- Schwarzafrika wird von Paris immer noch als eine ‘chasse gardée’ angesehen; jedes deutsche „Flaggezeigen“, auch in Form von Kooperation, stößt somit auf französisches Misstrauen oder Abwehr. Die diversen Pariser Afrikazellen sind eine geschlossene Welt für sich, und hinter jeder formalen Kooperationsabsprache werden offiziöse franko-afrikanische Klientelismen funktionieren, zu denen Deutsche ohnehin nie Zugang finden. Aufschlussreich wäre es, zu erfahren, warum die Kanzler-

reise nach Afrika in kein frankophones Land führte.

- Trotz deutlicher US-amerikanischer Einflussnahme sind die frankophonen schwarzafrikanischen Eliten aufgrund ihrer kulturellen Sozialisation und Ausbildungsgänge meist noch auf Paris fixiert und durch langjährige gemeinsame Kontakte den Pariser Afrikakreisen verbunden. Zudem sind diese Eliten für die deutsche Politik, die sich öffentlich stärker legitimieren muss als die französische, meist herzlich wenig „attraktiv“ und präsentabel.
- Schwarzafrika ist für Deutschland politisch und wirtschaftlich der uninteressanteste Teil Afrikas. Die politischen Verhältnisse sind ohnehin so desolat, dass auf „zukunftsträchtiger“ Regionen (Südliches Afrika und Ostafrika) ausgewichen werden sollte. Am besten überlässt man Afrika den Franzosen (und Amerikanern), konzentriert sich statt dessen auf Ostmitteleuropa.⁴⁰ Dies zeigte auch die Kanzlerreise vom Januar 2004, die nach Ghana, Äthiopien, Kenia und Südafrika führte.
- Eine Kooperation mit Paris birgt ohnehin die Gefahr, in Aktionen hineingezogen zu werden, die man nicht mittragen möchte beziehungsweise innenpolitisch nicht rechtfertigen kann. Gerade in afrophilen Kreisen gibt es eine kritische Distanz zur französischen Afrikapolitik.⁴¹ Aber darüber hinaus gibt es Mühe, „einen deutschen Beamten oder einen deutschen Politiker im Spektrum von links bis rechts zu finden, der das Agieren unserer französischen Partner in der Region nicht weitgehend negativ beurteilt.“⁴² Bisherige Kooperationserfahrungen sind in der Regel nicht ermutigend.

Es gibt aber ebenso gute Gründe, die für eine Zusammenarbeit in Afrika sprechen, selbst wenn diese sich als schwierig erweist:

- Das Schicksal Afrikas kann uns nicht gleichgültig sein, zumal Europa viele Kon-

sequenzen „afrikanischer Zustände“ mitzutragen hat (auch in Form der Migrantenströme). Afrika ist Teil einer europäischen Verantwortung, an der Frankreich wie Deutschland gleichberechtigt, wenn auch unter unterschiedlichen Voraussetzungen und mit unterschiedlichen Prioritäten teilhaben. Dies um so mehr, als Deutschland ein Eigeninteresse an Präsenz in Afrika hat, diese Präsenz jedoch nicht im Alleingang schafft.

- Aufgrund der allgemeinen Erfahrungen deutsch-französischer Zusammenarbeit sollte Deutschland auch in Afrika vorzugsweise mit Frankreich zusammenarbeiten, trotz bestehender Unterschiede und Probleme, denn einen anderen Partner gibt es nicht, zumal französische Politik nicht „egoistischer“ und „unmoralischer“ ist als die anderer Staaten. Dies war und ist auch der Sinn der seit 1963 vorliegenden deutsch-französischen Erklärungen zu Afrika, die auf ihre inhaltliche Ausfüllung warten.
- Im Falle Nordafrikas beziehungsweise der südlichen Mittelmeer-Anrainer findet ohnehin eine deutsch-französische Abstimmung im Kontext der EU-Mittelmeerpolitik und EU-Assoziierungspolitik statt. Wenn schon Zusammenarbeit in Nordafrika mit dessen frankophonen Traditionen, dann kann diese auch auf das frankophone Afrika ausgedehnt werden, zumal sich hier bestimmte Probleme des Islamismus (noch) nicht stellen.
- Die auch in Frankreich kritisierte Politik der ‘chasse gardée’ könnte über eine deutsch-französische Kooperation stärker „europäisiert“ werden und damit bestimmte Korrekturen erfahren. Dies gilt gerade für den zivilgesellschaftlichen Bereich. Durch die zunehmende „Amerikanisierung“ der afrikanischen Eliten könnte sich Paris zudem genötigt fühlen, die Attraktivität Europas (und damit auch Frankreichs) durch Kooperation mit Deutschland zu sichern.

- Eine Arbeitsteilung zwischen Deutschland und Frankreich („Osteuropa für Deutschland und Afrika für Frankreich“) ist kontraproduktiv für beide Seiten und politisch abwegig, da Osteuropa ohnehin bald Teil der EU ist. An französischen Alleingängen in Afrika haben wachsende Teile der dortigen Eliten (gerade in der Opposition) immer weniger Interesse, dafür steigt auch dort das Verlangen nach Multilateralisierung.⁴³
- Die proklamierte Multilateralisierung und Europäisierung der französischen Afrikapolitik öffnet auch dem deutschen Partner neue Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten, vor allem in der Menschenrechtspolitik, Industrie-, Handels- und Währungspolitik, Umweltschutz und Armutsbekämpfung sowie in der Kooperation mit Organisationen der Zivilgesellschaften.⁴⁴
- Französisches Festhalten an Status-quo-Verhältnissen beziehungsweise an mit Paris verbundenen Potenzen ist kein Perpetuum mobile, zumal eine kritische Öffentlichkeit heute weniger nachsichtig ist. Gerade die französische Ost- und Balkanpolitik hat gezeigt, dass Paris durchaus in der Lage ist, sich von tradierten Status-quo-Vorstellungen zu verabschieden, wenn auch nicht ohne Schmerzen und Widersprüche. Darüber hinaus kann ein Zusammentreffen von französischem Machiavellismus und improvisierter deutscher Weltpolitik, „die hochmoralisch daherkommt, viel kostet – aber wenig bewirkt“⁴⁵, auch für Berlin eine Reifepfung in internationaler Politik sein.

5. Abschließende Stellungnahme

Die Multilateralisierung der französischen Welt- und Afrikapolitik, gepaart mit einem neuen Denken über regionale Sicherheit in Afrika selbst und mit der Erhöhung einer US-amerikanischen Präsenz in Afrika, öffnet auch dem deutschen Partner neue Einfluss-

und Handlungsmöglichkeiten, sofern er diese wahrnehmen will, er auch unabwendbare Frustrationen in der Kooperation mit Paris in Kauf zu nehmen bereit ist. Diese Kooperation darf aber nicht als „Gesamtpaket“ geschnürt werden. Wie es keine „deutsch-französische“ Europa-, USA-, Polen- oder Asienpolitik gibt, so kann es keine gemeinsame Afrikapolitik geben, wohl aber den politischen Willen zu notwendigen Abstimmungen, Kooperationen und zur faktischen Umsetzung derselben auf einzelnen Feldern vor Ort.

Den jeweiligen afrikanischen Partnern darf dabei nicht die Möglichkeit geboten werden, deutsche und französische Stellen gegeneinander auszuspielen, anders gesagt: Es muss ein funktionierender „Trilateralismus“ angestrebt werden.

Der schwierigste Part einer Kooperation, der militärisch-sicherheitspolitische Bereich, sollte nicht überstrapaziert werden. Weder will, noch kann Berlin hier gleichberechtigte Partnerschaft anstreben. In Fällen dringlicher Gefährdung europäischer Staatsbürger in afrikanischen Staaten oder im Falle eindeutiger Genozide sollte ein gemeinsamer und frühzeitiger ad-hoc-Einsatz im europäischen Rahmen durchgeführt werden, wie jüngst in Kongo. Dabei wären angesichts der Dringlichkeit Fragen der Kompetenz- und Handlungshoheit sekundär. Eine Infragestellung der französischen Kompetenz- und Handlungshoheit muss sich die Gegenfrage nach Alternativen beziehungsweise die Bereitschaft nach eigener größerer Verantwortung gefallen lassen.⁴⁶

Anders sieht es auf anderen Feldern aus. In Entwicklungshilfe-Zusammenarbeit, Kultur, Bildung, allgemeiner politischer Arbeit, im gesamten zivilgesellschaftlichen Bereich

gibt es viele ungenutzte Möglichkeiten, wo allein der Wille zu einem „deutsch-französischen Reflex“ manche Barriere aus dem Weg räumen könnte. Prioritär ist eine Zusammenarbeit dort, wo sie möglich und nötig ist. Dies gilt auch für ein gemeinsames Bemühen, Afrikas Ausschluss vom freien Handel aufzubrechen.⁴⁷ Dies kann bilateral, im EU-Rahmen oder auch in internationalen Organisationen geschehen. Daher war die Afrika-Reise des deutschen Kanzlers einmal mehr eine verpasste Gelegenheit, deutsch-französische Beschlüsse ihres rein deklamatorischen Charakters zu entkleiden.

Eine deutsche Entscheidung, Wege der Zusammenarbeit mit Frankreich in Afrika gezielter zu beschreiten, muss sich vor allem aber auch der Komplexität der afrikanischen Länder selbst bewusst sein. Diese ist noch schwieriger als französische Afrikapolitik zu behandeln.⁴⁸ Afrophile Kritiker französischer Politik hätten Probleme, die Messlatte ihrer oft berechtigten Kritik an afrikanische Zustände anzulegen. „Stets ist es die innerafrikanische Unfähigkeit zum langfristigen Ordnungsdenken, die alte Konflikte immer wieder aufbrechen lässt und noch umfangreichere Einsätze zum Scheitern verurteilt – was nichts über den Nutzen aussagt, den sich Länder wie Belgien, Großbritannien oder Frankreich ausrechnen.“⁴⁹ Dem wäre nur noch hinzuzufügen, dass auch deutsche Politik das Nachdenken über den eigenen Nutzen nicht vernachlässigen sollte. Eines aber ist sicher: Auch ein deutsches Nichtengagement bleibt nicht ohne Folgen für uns selbst. „Afrikas Probleme können schnell unsere eigenen werden“, so soll es auch im Kanzleramt geheißen haben.⁵⁰ „Unsere eigenen“, das sind aber auch europäische und damit deutsch-französische Probleme.

- 1 Siehe: www.leforum.de/de/de-traite-declcoopcultz.htm.
- 2 Siehe *Lohse, Eckart*: Lichtblicke auf dem Schwarzen Kontinent, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 18.1.2004, S. 8.
- 3 Wegen der Marginalisierung dieses Themas in Forschung und Publizistik ist der kritische Bericht von *Dietch Collofong*, ehem. Beamter im BMZ und als Missionschef für die Europäische Kommission besonders auf das frankophone Afrika orientiert, umso wertvoller: Stärker miteinander in Afrika? Deutsche Entwicklungspolitik zwischen Frankreich und Europa. In: DOKUMENTE, 6/1999, S. 457–476.
- 4 Auf folgende Textgrundlagen sei unter anderem hingewiesen: Élysée-Vertrag, Abschnitt II, Programm, A. Auswärtige Angelegenheiten, 3 (www.leforum.de/de/de-traite-elysee.htm); das „Europäische Freiwilligenprogramm“ für afrikanische Länder, am 2.11.1985 von Bundeskanzler *Kohl* und Staatspräsident *Mitterrand* ins Leben gerufen; die Gemeinsame Erklärung der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 22.1.1988 über „Koordination der deutschen und französischen Hilfe in Afrika“ und „Europäisches Freiwilligenprogramm“ (Europa-Archiv, 5/1988, D135-D136); die Gemeinsame Erklärung vom 1.12.1998 („engere Abstimmung ... auch in gemeinsamen entwicklungspolitischen Initiativen und Projekten in bestimmten Sektoren oder Regionen“, „auf Ministerebene gemeinsame Dienstreisen in geeignete Länder.“, *Collofong, D.*: Stärker miteinander in Afrika?, a.a.O., S. 460); sowie die Gipfelerklärungen vom Februar 1986 und September 1997 und das Außenministerabkommen vom 3.7.1997 „zur Verstärkung der außenpolitischen Zusammenarbeit“ und des „deutsch-französischen Reflexes“ in der Außen- und Kulturpolitik beider Länder auch gegenüber und in Drittländern (www.leforum.de/de/de-traite-decполеtr.htm, www.leforum.de/de/de-traite-declcoopcultz.htm).
- 5 Vgl. RAMSES 2003, IFRI, Paris 2003, S. 212–218.
- 6 Vgl. *Mihm, Andreas*: Reden über Afrika, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), 2.6.2003. Zur französischen Vision einer neuen internationalen Ordnung vgl. *Wiegel, Michaela*: Respektierung des Rechts, FAZ, 2.4.2003; *Wiegel, M.*: Die französische Probe (Leitartikel), FAZ, 24.6.2003.
- 7 Vgl. „Ins Herz der Finsternis“ (Leitartikel), FAZ, 14.6.2003.
- 8 Vgl. *Engel, Ulf*: Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1999. Münster 2000.
- 9 *Oppermann, Thomas*: Anglophone und frankophone Unabhängigkeit in Westafrika. In: Europa-Archiv, 12/1984, S. 377–388, hier S. 386.
- 10 Im frankophonen Subsahara-Afrika gibt es drei Goethe-Institute: Dakar (Senegal), Lomé (Togo), Yaoundé (Kamerun). Vgl. www.goethe.de/af/deradgi.htm.
- 11 Vgl. die Forderung von Bundesentwicklungsministerin *Wieczorek-Zeul* (SPD) nach finanzieller Unterstützung einer internationalen Eingreiftruppe: Deutschland sollte Friedenstruppe unterstützen, FAZ, 23.5.2003 und jüngst das Plädoyer des CDU-Politikers *Arnold Vaatz* für eine „nachhaltige Afrikapolitik“ in: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 25.1.2004, S. 2.
- 12 *Schwarz, Hans-Peter*: Finger weg von Afrika!, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, 15.6.2003, S. 11. Doch siehe auch im Widerspruch hierzu: *Naumann, Michael*: Raubmord in Afrika. Warum Deutschland nicht mehr wegschauen kann, „Die Zeit“, 33/78-2003, S. 1.
- 13 Aussage *François Mitterrands* als Minister für Überseegebiete (1950–1953), zitiert in *Berg, Eugène*: Afrika – eine Bestandsaufnahme. In: DOKUMENTE, 4/1998, S. 285–297, S. 293 (Dossier Frankreich und Afrika, S. 271–306); siehe bes. *Brüne, Stefan*: Die französische Afrikapolitik. Baden-Baden 1995.
- 14 Vgl. den Beitrag des Verfassers über die Internationale Frankophonie in diesem Heft, S. 15ff.
- 15 Homepage der OIF: www.francophonie.org.
- 16 Vgl. das Kapitel „Die Frankophonie als internationales System“ in: *Kolboom, Ingo / Reichel, Edward / Kotschi, Thomas* (Hg.): Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft. Für Studium, Lehre, Praxis. Studienausgabe. 2. Aufl., Berlin 2003, S. 462–476; *Kolboom, Ingo / Rill, Bernd* (Hg.): Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen. Hanns Seidel Stiftung, München 2003 (darin auch: *Brüne, Stefan*: Halbherzige Reformen. Frankreich in Westafrika, S. 109–113). Sowie den Beitrag des Verfassers über die Internationale Frankophonie in diesem Heft, S. 15ff.
- 17 *Le Floch-Prigeant*, Chef des Erdölkonzerns Elf Aquitaine 1989–1993, FAZ, 13.12.1996.
- 18 Senegal (1), Togo (1), Mali (2), Elfenbeinküste (3).
- 19 Angaben aus: *Wiegel, Michaela*: Partnerschaft als Fernziel. Frankreich ordnet seine Afrika-Politik neu, FAZ, 14.6.2003.
- 20 Vgl. „Le Point“, 28.2.2003, S. 23–29.
- 21 Vgl. *Aberle, Marion*: Wiedererwachtes strategisches Interesse, FAZ, 8.7.2003; „L’Afrique entre Washington et Paris“, *Valeurs Actuelles*, 28.3.1998, S. 6–15. Neu ist auch das amerikanische Werben um frankophone Eliten, vgl. *Dedieu, Jean-Philippe*: Les élites africaines, enjeu de la diplomatie scientifique des Etats-Unis. In: „Politique étrangère“, 1/2003, S. 119–131.
- 22 *Johnson, Dominic*: Der Hinterhof ist schmutzig geworden, „die tageszeitung“ (TAZ), 2.10.1997.

- 23 Vgl. *Verschave, François-Xavier*: *Noir silence. Qui arrêtera la Françafrique?* Paris 2000; *ders. / Beccaria, Laurent*: *Noir procès. Offense à chefs d'États*. Paris 2001; *Stetter, Ernst / Barbey, Susanne*: *Der Konflikt in der Côte d'Ivoire*. Frankreichs Politik in der Krise. Friedrich-Ebert-Stiftung, Frankreich-Info, 3/2003: <http://fesparis.free.fr/doc/Info%203-2003>.
- 24 *Froehly, Jean-Pierre*: *Pragmatische Präsenz*. Frankreichs neue Afrika-Politik. In: DOKUMENTE, 6/1999, S. 471–482.
- 25 In der amtlichen Darstellung wird die französische Afrikapolitik wie folgt vorgestellt: „Frankreich sieht sich in seiner aktuellen Afrika-Politik drei Prinzipien verpflichtet: der Treue gegenüber der Tradition des Engagements und der Solidarität, der Anpassung der französischen Entwicklungszusammenarbeit und der Öffnung gegenüber dem gesamten afrikanischen Kontinent.“ Die Afrika-Politik Frankreichs (11.1.2001): www.france.diplomatie.fr/actual/dossiers/afrique/polafr.de.html
- 26 Vgl. das Interview mit *Abdou Diouf* in: „L'Express“, 16.1.2003, S. 68–71.
- 27 „Le Figaro“, 8.1.1996, S. 2.
- 28 Vgl. *Tetzlaff, Rainer*: *Afrika: Bestandsaufnahme und sicherheitspolitische Analyse*. Chaos oder Aussicht auf Stabilisierung? In: *Wolf-Ulrich Jorke* (Hg.): *Sicherheitspolitik. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert*. Schriften zur neuen Sicherheitspolitik, Jahresband 1994/95, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Hamburg / Berlin / Bonn 1995, S. 257–274.
- 29 Zu Togo und dessen mit *Chirac* eng verbundenen Dauerpotentaten *Eyadéma* vgl. *Collofong, D.*: *Stärker miteinander in Afrika?*, a.a.O., S. 461–463; *Scheen, Thomas*: *Eyadéma auf immer und ewig*, FAZ, 31.5.2003; *ders.*: *Das Fossil*, FAZ, 12.6.2003.
- 30 *Dr. Christian Ruck*, entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Rede in der Simbabwe-Debatte im Deutschen Bundestag am 13.2.2003: www.cducusu.de/TextVersion/aktuelles/reden_detail.jsp?ID=1060&NavID=null.
- 31 *Collofong, D.*: *Stärker miteinander in Afrika?* In: DOKUMENTE, 6/1999, S. 460.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd., S. 459. Daran ändern auch jüngste, in Mode gekommene gemeinsame Ministerartikel wenig, wie der sehr vage Text der beiden Entwicklungsminister *Wieczorek-Zeul, Heidemarie / Wiltzer, Pierre-André*: *Afrique: au-delà de l'aide alimentaire*. In: „Le Figaro“, 20.10.2003.
- 34 *Brüne, St.*: *L'Union européenne et les pays ACP. La convention de Cotonou – un premier bilan*. Colloque CERI, IEP de Paris, 20.–21.6.2003, S. 12: www.ceri-sciences-po.org/themes/europe/home.htm.
- 35 Ebd., S. 12–13.
- 36 Wie gut die deutsche Zusammenarbeit mit Mali funktioniert, zeigte jüngst die Vermittlerrolle Malis bei der Auslösung der Sahara-Geiseln. Von einer deutsch-französischen Zusammenarbeit in diesem Fall ist uns nichts bekannt.
- 37 FAZ, 11.6.2003, S. 1.
- 38 „Ins Herz der Finsternis“ (Kommentar), FAZ, 15.6.2003.
- 39 Vgl. auch *Collofong, D.*: *Stärker miteinander in Afrika?*, a.a.O., S. 457–476.
- 40 Vgl. *Baring, Arnulf*. In *Grenzen halten*. Was haben wir in Afrika verloren?, FAZ, 18.11.1996; *Schwarz, Hans-Peter*: *Finger weg von Afrika!*, a.a.O.
- 41 Vgl. *Poenicke, Anke* (Deutsch-Tansanische Freundschaftsgesellschaft): *Wie wünschen wir uns die Beziehungen zwischen Afrika und Europa?*, www.detaf.de/artikel/beziehung.html.
- 42 *Peltzer, Roger*: *Afrika: eine engagierte Friedens-(Außen-)Politik*. Plädoyer für eine verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit. In: „Kommune“, 2/1999, S. 1: www.oeko-net.de/kommune/kommune2-99/dpeltzer.htm.
- 43 Siehe auch das Interview mit dem Präsidenten Senegals *Abdoulaye Wade* („Je n'ai pas à choisir entre Bush et Chirac“) in: „Le Figaro“, 11.11.2003.
- 44 Vgl. schon das Gutachten „Änderungen in der europäischen Entwicklungspolitik“ (9.9.1998), www.euforic.org/fes/61de_kap.htm.
- 45 *Schwarz, Hans-Peter*: *Finger weg von Afrika!*, a.a.O.
- 46 „Die afrikanischen Länder, in deren Politik sich Amerika in der Vergangenheit massiv einmischte, sind heute Trümmerlandschaften: Somalia, Kongo, Angola, Liberia.“ *Scheen, Thomas*: *Kein Heilsbringer für Afrika*, FAZ, 14.7.2003.
- 47 *Erinnert sei an die hohe Subventionierung amerikanischer und südeuropäischer Baumwolle und die „getürkten Spielregeln“ zu Lasten der westafrikanischen Baumwollindustrie*, FAZ, 14.7.2003 und 10.9.2003.
- 48 Vgl. *Aberle, Marion*: *Herz der Finsternis*, FAZ, 15.9.2003; *Nwokedi, Emeke*: *Demokratie und Sicherheit in Schwarzafrika*, In: *Europa-Archiv*, 6/1994, S. 169–178.
- 49 Vgl. „Ins Herz der Finsternis“ (Leitartikel), FAZ, 14.6.2003. Vgl. neu: *Cooper, Frederick*: *Africa since 1940. The Past of the Present*. Cambridge University Press, Cambridge / New York 2002; *Smith, Stephen*: *Négrologie. Pourquoi l'Afrique meurt*. Paris 2003.
- 50 Zitiert in: *Lohse, Eckart*: *Lichtblicke auf dem Schwarzen Kontinent*, a.a.O., S. 8.